



Brüssel, den 22. November 2024
(OR. en)

15788/24
ADD 6

Interinstitutionelles Dossier:
2024/0176(BUD)

FIN 1018

A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Rat

Betr.: Gemeinsamer Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2025

– *Erklärung Dänemarks, Finnlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens*

Die Delegationen erhalten in der ANLAGE die gemeinsame Erklärung Dänemarks, Finnlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens.

Gemeinsame Erklärung Dänemarks, Finnlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens zum Haushaltspolitischen Plan der Europäischen Union 2025

Bei den diesjährigen jährlichen Haushaltsverhandlungen wurde erstmalig der Kaskadenmechanismus angewandt, auf den sich der Europäische Rat im Februar 2024 im Zusammenhang mit der Halbzeitrevision des MFR geeinigt hat. Für das Jahr 2025 waren zusätzliche 2,3 Milliarden Euro erforderlich, um die Mittelüberschreitungen in Bezug auf die Zinszahlungen für das Aufbauinstrument der Europäischen Union zu decken.

Wir sind der Auffassung, dass der EU-Haushaltspolitische Plan auf den Grundsätzen einer soliden Haushaltspolitik beruhen sollte, bei der ausreichende Spielräume gewahrt werden und besondere Instrumente für unvorhergesehene Umstände als Sicherheitsvorkehrung vorgesehen sind. Der Europäische Rat kam im Februar 2024 zu dem Schluss, dass etwa 50 % der Mittelüberschreitungen durch Schritt 2 des Mechanismus abgedeckt werden sollten, nämlich durch Umschichtungen und nicht-thematische besondere Instrumente. Die Mittelüberschreitung für 2025 wird ausschließlich mit besonderen Instrumenten und nicht mit Umschichtungen angegangen.

Schätzungen der Kommission zufolge werden die Mittelüberschreitungen in den Jahren 2026 und 2027 deutlich höher ausfallen. Dies hätte im Haushaltspolitischen Plan für 2025 berücksichtigt werden müssen, indem ein höherer Betrag durch Schritt 2 abgedeckt wird. Wir sind daher der Auffassung, dass die derzeitige Einigung über den EU-Haushaltspolitischen Plan für 2025 nicht mit dem Grundsatz einer umsichtigen Haushaltspolitik im Einklang steht.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass die Einigung über den Haushaltspolitischen Plan 2025 erhebliche Erhöhungen der Verwaltungsausgaben sowie Personalaufstockungen umfasst, was mit den haushaltspolitischen Realitäten und Maßnahmen in vielen Mitgliedstaaten schwer zu vereinbaren ist.